



**Damit
für *ALLE* gilt:
Karben -
hier lässt sich's
leben !**

DIE LINKE. Ortsverband Karben kandidiert zur Kommunalwahl am 6. März 2016. Wir treten an, um im Stadtparlament eine wirksame Opposition zu sein. Wir engagieren uns für eine soziale, demokratische und ökologische Politik. Karben muss für alle Menschen ein Platz zum Leben sein!

DIE LINKE.

Ortsverband Karben

Einnahmen der Stadt sichern!

Demokratie ist ein leeres Wort, wenn Kommunen und Staat keine ausreichenden finanziellen Mittel und Entscheidungsmöglichkeiten für wirtschaftliche und soziale Aufgaben haben. Die Finanzmittel und Gestaltungsspielräume der Kommunalparlamente müssen erhalten und ausgebaut werden.

Die Karbener Haushalte der Jahre 2014 und 2015 waren aus Sicht der LINKEN sozial ungerecht. Beide belasteten die Bürgerinnen und Bürger mit geringen und mittleren Einkommen stark und ignorierten drängende soziale Probleme. DIE LINKE lehnte beide Haushalte ab.

Zweimal in Folge hat die Stadt Karben einen ausgeglichenen Haushalt erreicht, sogar Überschüsse für das Jahr 2015 wurden prognostiziert.

Wie ist es dazu gekommen?

Die Mehrheit des Stadtparlaments hatte im Januar 2014 beschlossen, den fehlenden Betrag für einen ausgeglichenen Haushalt 2014 durch die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 90 Punkte zu finanzieren.

Die Grundsteuer B wurde bereits in 2013 erhöht und insgesamt wurden mehr als eine Million Euro damit eingenommen.

Wir Linken sind der Meinung, dass ein ausgeglichener Haushalt, der größtenteils aus der Erhöhung der Grundsteuer B finanziert ist, sozial ungerecht ist.

Bei der Grundsteuer B wird allein die Größe der Grundstücke als Berechnungsgrundlage herangezogen, während die Vermögensverhältnisse der einzelnen Bürger keine Rolle spielen.

Für einen alleinverdienenden Familienvater in prekärem Beschäftigungsverhältnis, der ein 500 m² Grundstück besitzt bedeutet das, er zahlt genau so viel wie ein Millionär, der ein 500 m² Grundstück besitzt.

Der Antrag der LINKEN, den Gewerbesteuersatz in 2014 ebenfalls zu erhöhen, um auch die Gewerbetreibenden an den Mehrkosten der Stadt Karben angemessen zu beteiligen, wurde von keiner der anderen Fraktionen im Karbener Parlament befürwortet.

Der Haushalt 2015 wurde zwar ohne weitere Erhöhungen der Steuern und Gebühren geplant, trotzdem darf man nicht vergessen, dass wir durch die Erhöhungen der letzten Jahre, ein extrem hohes

Abgabenniveau erreicht haben. Das jetzige Niveau stellt die höchste Belastung der Karbener Bürgerinnen und Bürger dar, das jemals existierte.

Dabei wären die Probleme der Finanzierung für die hessischen Städte und Gemeinden sehr einfach zu lösen!

Mit den Einnahmen aus einer Vermögenssteuer oder den hinterzogenen Steuern in Hessen - es geht um geschätzte zwei Milliarden Euro jährlich - könnten alle möglichen Leistungen, wie z.B. die Kinderbetreuung komplett finanziert werden.

Man muss nüchtern feststellen, dass diese Forderung nur noch von den Linken erhoben wird. Selbst die SPD, die jahrelang für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer eingetreten ist, hat sich davon verabschiedet.

Selbst Bürgermeister Rahn hat bei seinen Erläuterungen zum Haushalt 2015 erstmals die hessische Landesregierung zu Recht dafür kritisiert, dass sie die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstatten würde, um die auf sie abgewälzten Aufgaben erfüllen zu können.

Das sind die Haushaltspositionen, die von der LINKEN am stärksten kritisiert werden:

1. Kindergartengebühren – nach wie vor zahlen gut verdienende Familien prozentual deutlich weniger als Familien mit geringerem Einkommen.
2. Schwimmbad – 20% Rabatt bekommt jemand, der sich eine Geldkarte von 400 Euro leisten kann. Wer sich das nicht leisten kann, zahlt mehr.
3. Friedhofgebühren – massive Erhöhungen z.B.: für eine Urnenbestattung statt 400 Euro jetzt 800 Euro, das ist eine Steigerung von 100%.
4. Es wird nichts getan, um bezahlbaren Wohnraum in Karben zu schaffen. Es darf auch nicht totgeschwiegen werden, dass Karben immer weniger bezahlbare Wohnungen hat: Verkäufe und Untätigkeit führten zu einer Unterversorgung mit preiswerten Mietwohnungen.
5. Schülerbeförderung – Die Linke forderte vom Magistrat, dass die Beförderung der Petterweiler Kinder nach Rodheim und der Rendeler Kinder nach Klein Karben weiterhin gezahlt wird.

Die Mehrbelastungen die seit Jahren den Karbener Bürgerinnen und Bürgern abverlangt werden, sind nicht - wie von der Bürgerlichen Koalition aus CDU, FW und FDP behauptet - sozial gerecht verteilt. Diese Mehrbelastungen verschärfen die Umverteilung der Vermögen von unten nach oben!

DIE LINKE stellt fest, dass die hessischen Städte und Gemeinden, kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem haben.

Es wäre also an der Zeit, dass sich die kommunalen Parlamente wehren! In der „Friedberger Erklärung“ haben Kommunen des Wetteraukreises halbherzig protestiert. Doch eine Protestnote reicht heute nicht mehr aus! Schleswig-Holstein macht es vor: das Land klagt gegen die im Bundestag beschlossene „Schuldenbremse“, weil damit keine Investitionen in die Zukunft mehr möglich sind.

Auch Karben sollte sich mit anderen Kommunen zusammenschließen und gegen die unzureichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden klagen! Es reicht nicht, wenn der Städte- und Gemeindebund mit einer Hand voll Bürgermeistern in Berlin vorspricht. Richtig wäre, mit vielen Bussen nach Berlin zu fahren, zu demonstrieren und den Skandal unübersehbar zu machen.



Für eine soziale und ökologische Stadt.

Was ist dafür in Karben nötig?

1 Keine Privatisierungen ! Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen

Derzeit werden Aufgaben, die eigentlich öffentliche Aufgaben sind, von der Stadt an private Investoren und Betreiber vergeben.

Zum Beispiel wurde die Kindertagesstätte in der Luisenthaler Straße von der Fraport-Tochter „terminal for kids“ gebaut und jetzt auch betrieben. Die Gebühren liegen dort über den städtischen Kita-Gebühren.

Die Stadt selbst baut lediglich 18 Wohnungen im nächsten Jahr. (Keine Sozialwohnungen !) Weitere städtische Wohnungen sind nicht geplant. Stattdessen werden private Investoren gesucht, die in Karben rentable Hochpreis-Wohnungen bauen.

In der Vergangenheit wurde städtisches Eigentum privatisiert oder teilprivatisiert:

- der städtische Kindergarten in Okarben wurde der evangelischen Kirche überstellt,
- der städtische Pflegedienst wurde vom ASB übernommen,
- städtische Wohnungen wurden verkauft.

Alteneinrichtungen und betreutes Wohnen, Pflegedienste und Hilfen werden heute privat oder in außerstädtischer Trägerschaft organisiert.

Die Sozialstation Karben wurde zugemacht. Heute bieten der ASB als Sozialverband und private Dienstleister Pflegedienste an.

Der Bedarf an Pflege steigt derzeit an. Die Angebote in Karben reichen für diesen Bedarf nicht aus. Es muss dafür gesorgt werden, dass es öffentlich betriebene und geförderte Pflegehilfen gibt. 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. 90 Prozent der Pflegenden sind Frauen, die oft ihren Beruf aufgeben müssen und mit der Pflegesituation überfordert sind. Die Kosten für Pflegedienstleister können viele Familien nicht schultern.

Hier muss die Stadt eine Kehrtwende machen und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen: ein städtischer Sozialdienst ist dringend nötig!

Privatisierungen haben zur Folge, dass die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger reduziert werden und sich zugleich die Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern. Private Träger und Investoren arbeiten voll wirtschaftlich. Für Menschen mit kleinem Geldbeutel sind diese Leistungen unbezahlbar.

Die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Sicherungssysteme lehnen wir ab und fordern eine Stärkung des öffentlichen Eigentums. Die Stadt braucht Gestaltungsspielräume!

2 Wohnen Sozialwohnungen, sozialer Wohnungsbau

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich auch in Karben zusehends. Die Mietpreise im Rhein-Main-Ballungsgebiet steigen stetig an. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware.

Was ist bezahlbarer Wohnraum?

Die Miete darf nicht mehr als 1/3 des Familieneinkommens kosten!

In den letzten zehn Jahren fielen in der Wetterau 800 Sozialwohnungen weg: durch Verkauf oder weil sie aus der Mietpreisbindung gefallen sind.

Der vorhandene städtische Wohnraum reicht nicht aus, um einkommensschwachen Familien oder Bürger/innen preiswerten Wohnraum zu sichern.

Die Zuwanderung von Flüchtlingen macht jetzt deutlich, dass es jahrelang sträflich vernachlässigt wurde, Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im Gegenteil: Karben hat städtische Wohnungen verkauft. Und laut Aussage des Bürgermeisters auf eine Anfrage der Linken, sollen auch zukünftig keine Sozialwohnungen gebaut werden.

Jetzt ist es nicht nur für einkommensschwache Bürger/innen schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Jetzt kommen noch wohnungssuchende Migranten hinzu.

Wohnen ist ein Menschenrecht! Doch „der Markt“ sichert keine bezahlbaren Wohnungen. Er sichert Gewinne.

Dies muss die Stadt Karben endlich zur Kenntnis nehmen und politisch gegensteuern.

Städtische Wohnungen dürfen nicht verkauft werden!

Jetzt muss der soziale Wohnungsbau wieder angekurbelt werden.

***DIE LINKE.* fordert 100 zusätzliche städtische Wohnungen!**

In jeden Bebauungsplan müssen verbindlich 30% (besser 50%) bezahlbare Mietwohnungen/Sozialwohnungen festgeschrieben werden (ein bezahlbarer Mietpreis für Menschen in prekärer Beschäftigung kann höchstens bei 5 bis 6 Euro pro m² liegen).

Bevor hier wieder das Totschlagargument „Das geht nicht“ angeführt wird: Freiburg macht es vor. Dort beschloss der Gemeinderat im August 2015, dass 50 Prozent aller Bauvorhaben Sozialwohnungen oder geförderte Mietwohnungen sein müssen. Zuvor gab es schon eine Quote von 30 Prozent, die jetzt erhöht wurde, weil die Zahl der Wohnungssuchenden deutlich angestiegen ist.

Karben besitzt eine Baulandreserve im Wert von mindestens 10 Millionen Euro, damit lassen sich diese Forderungen finanzieren!

Bezahlbarer Wohnraum ist vor allem für Menschen wichtig, die von Hartz IV oder prekären Arbeitslöhnen leben müssen. Doch viele Menschen haben trotz Arbeit ein zu niedriges Einkommen, um die Mietpreise in Karben zahlen zu können.

Derzeit werden einkommensschwache Familien und Personen in den Ostkreis verdrängt, weil dort der Wohnraum billiger ist. Doch im strukturschwachen Osten der Wetterau gibt es auch weniger Arbeitsmöglichkeiten und die Verkehrsverbindungen für Pendler sind schlechter. *DIE LINKE.* akzeptiert diese Entwicklung nicht!

Die Stadt Karben muss Verantwortung übernehmen!

Wir fordern eine Kommunale Wohnungsvermittlung, die so auszustatten ist, dass aktiv städtische soziale Wohnungspolitik betrieben werden kann.

DIE LINKE. fordert, dass leerstehender Wohnraum ermittelt wird. Mit Hilfe der Stadt (finanzielle Unterstützung für Sanierung) sollen diese Wohnungen in einen vermietbaren Zustand versetzt und preiswert vermietet werden. Daraus könnten alle Beteiligten (Mietsuchende, Wohnungsbesitzer und die Stadt Karben) einen großen Nutzen ziehen.

Der vorhandene Wohnungsbestand der Stadt Karben muss so modernisiert werden, dass die Nebenkosten (Umlagen) bezahlbar sind. Frankfurt macht es vor: Altbauten wurden in Passiv-Häuser umgewandelt. Die Umlagen pro Wohnung sanken dadurch auf etwa 10 Euro pro Monat.

Neue Wohnungen sind in Passivbauweise oder als Niedrig-Energie-Wohnungen zu errichten.

Alternative Wohnformen und Wohnprojekte sind zu fördern: zum Beispiel: generationenübergreifendes Wohnen, Wohnen und Arbeiten, Landbauprojekte... Es muss aber auch alten- und behinderten-gerechte Wohnungen geben.

3 Soziales Armut, Hartz IV, Prekäre Arbeit

Erste und dringendste Forderung ist ein Sozialpass (Karbenpass) für einkommensschwache Familien und Personen. Ein deutlich ermäßigter Eintritt ins Schwimmbad, zu Kulturveranstaltungen und Kursen der VHS könnten mit dem Sozialpass ebenso gewährleistet werden, wie die kostenlose Nutzung der Busse. Auch sollten Personen mit Sozialpass eine Weihnachtsbeihilfe erhalten und Zuschüsse für die Schulsachen der Kinder. Nötige Brillen und der Ersatz von Elektrogeräten könnten mit dem Sozialpass gefördert werden. Die Stadt Karben könnte für Vereine die für Karbenpass-Besitzer ihre Beiträge senken, Kompensationsleistungen in den Haushalt einbauen.

Prekäre Beschäftigungen und Hartz IV stellen für die Betroffenen Menschen eine unzumutbare entwürdigende Lebensbelastung dar. Eine Gemeinde muss alles tun, die Situation nicht weiter zu verschärfen, sondern die Betroffenen am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen.

DIE LINKE. ist strikt gegen jede Form unbezahlter Arbeit in Karben! Ein-Euro-Jobs, Null-Euro-Jobs und den unbezahlten Einsatz von Flüchtlingen lehnen wir ab: Jede Arbeit ist notwendig und muss bezahlt werden. Auch Flüchtlinge können eine Entschädigung erhalten.

Wenn zum Beispiel Friedhofshecken geschnitten, Menschen gepflegt, Plätze gereinigt werden usw., sind das notwendige Arbeiten. Doch Politiker sagen oft, das seien Arbeiten, die niemandem einen Arbeitsplatz wegnehmen. Falsch! Es sind Arbeiten, für die die Kommunen nicht bezahlen wollen. Die Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden bringt Verwaltungen auf solche Ideen.

Doch diese prekären Beschäftigungen dienen der Lohndrückerei im Öffentlichen Dienst und ersparen der Stadt, reguläre Arbeiter/innen zu vernünftigen Löhnen sozialversichert zu beschäftigen.

Statt dabei mitzumachen, soll sich der Magistrat bei jeder sich bietenden Gelegenheit für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen einsetzen und für eine gerechte Besteuerung.

In Karben müssen Sozialräume geschaffen werden. Das könnte etwa ein Café sein, das als Treffpunkt oder als Volksküche/Mensa für Bedürftige geöffnet hat. Es wäre auch als Treffpunkt und Beratungszentrum für Flüchtlinge denkbar, wo auch nötige Sozialarbeit stattfinden kann.

Ein solcher Sozialraum braucht ein Budget und professionelle Betreuung. Doch hier könnten auch engagierte Personen oder Gruppen ehrenamtlich helfen.

Mit städtischer finanzieller Unterstützung und unter fachlich qualifizierter Anleitung könnten Aktivierungskonzepte entwickelt werden. (lebenspraktische Kurse wie Nähen, Gartenbau, Haushaltsführung, Dienstleistungs-Börse, Renovierungen, Erziehungsberatung, Hilfen durch den Behördenschwermel, kulturelle Aktivitäten, wie Musik, Theater usw. könnten im Angebot sein.) Auch sportliche und therapeutische Aktivitäten könnten dort stattfinden, die mit Gesundheitsangeboten der Krankenkassen koordiniert werden.

Wichtig ist, eine Möglichkeit für sozial ausgegrenzte Menschen zu schaffen, um sich zu betätigen und das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Karben hat ein großes Gefälle innerhalb der Nahversorgung. Groß Karben, Klein Karben, (eingeschränkt) Okarben und Kloppenheim bilden einen Stadtkern. Dort profitieren die Bewohner/innen von einer durchaus guten gemeinschaftlichen Nahversorgung. Dies gilt jedoch nicht für Petterweil, Burg-Gräfenrode und Rendel, die geografisch vom Stadtkern losgelöst sind. Es ist eine

wichtige Aufgabe der Stadt Karben, eine angemessene Nahversorgung in diesen Stadtteilen sicherzustellen. Eine Hausarztpraxis, ein Lebensmittelgeschäft, sowie eine Gaststätte (Bürgerhaus) müssen in allen Stadtteilen gewährleistet sein.

4 Karbener Willkommenskultur

Staaten wie Irak, Syrien und Libyen wurden durch westliche Militärintervention destabilisiert. Deutschland hat mit seiner Außenpolitik und milliardenschweren Waffenexporten dazu beigetragen. Kriege, Hunger und Elend sind die Folgen dieser Politik. Aus diesem Grund erhöhen sich die Flüchtlingszahlen auch in Deutschland, das nun in der Pflicht steht, zu helfen. Auch Karben muss einen Beitrag hierzu leisten.

An dieser Stelle wird wieder deutlich, wie fatal die Wohnungspolitik der bürgerlichen Koalition in den letzten Jahren war. Es gilt nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern bezahlbaren Wohnraum zu bieten, sondern auch den Flüchtlingen menschenwürdige Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Wir danken den ehrenamtlichen Integrationshelfern in unserer Stadt für ihre großartige Arbeit, die sie leisten. Die Städte und Gemeinden können sich aber nicht auf den ehrenamtlichen Leistungen ihrer Bürgerinnen und Bürger ausruhen. Es müssen ab sofort mehr Gelder für hauptamtliche Integrationshelfer bereitgestellt werden. Insbesondere der Sprach- und Integrationsunterricht, sowie professionelle Amtsbegleitungen müssen sichergestellt werden.

5 Kinderbetreuung - Bildung von Anfang an

Kinderbetreuung ist eine öffentliche Aufgabe. Nur so kann gewährleistet werden, dass gleiche Chancen für ALLE Kinder hergestellt werden.

Denn je früher Kinder gut gefördert und betreut werden, desto besser sind ihre Entwicklungsmöglichkeiten.

Die LINKE. wendet sich deswegen entschieden dagegen, dass die Kinderbetreuung privatwirtschaftlich gelöst wird. Die Stadt muss öffentliche Kindertagesstätten bauen und betreiben. Derzeit überträgt die Stadt Karben nötige Kindereinrichtungen auch privaten Betreibern. So soll die Kinderbetreuung den Stadtsäckel weniger belasten.

In den letzten Jahren sind zwei Kindertagesstätten neu entstanden: „terminal for kids“ (Fraport) in der Luisenthaler Straße und der „Montessori-Campus“ im Breul.

Beide wurden privat gebaut und werden auch privat betrieben. Die Gebühren liegen über denen der städtischen Kindereinrichtungen.

Der Zugang wird dadurch exklusiv und einkommensschwache Familien werden sich den Besuch ihrer Kinder in diesen Einrichtungen nicht leisten können, auch könnten Kinder einfach abgelehnt werden.

Zur Absicherung des U3-Angebots ist der Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen nötig. Wir akzeptieren ausschließlich den Einsatz von qualifiziertem pädagogischem Fachpersonal, das nach Tarif bezahlt wird. Den Einsatz von Nichtfachkräften lehnen wir ab.

Ein Tagesmüttermodell kann immer nur eine Ergänzung zur Tagesstätte sein. Fünf Jahre Qualitätsausbildung zum/zur Erzieher/in stehen hier einem Kurs für Tagesmütter gegenüber.

Sollte es nötig sein, Tagesmütter zur U3-Betreuung zu beschäftigen, dann ist dies nur akzeptabel, wenn sie sozialversicherungspflichtig eingestellt und nach dem Tarif des Öffentlichen Dienstes bezahlt werden.

Ein Teil der Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen sollte Migrationshintergrund haben.

Für Karbener Kinder sollte ein Bildungsnetzwerk geschaffen werden. Musische und naturwissenschaftliche Grunderfahrungen beispielsweise gehören zu den Basisqualitäten von Bildung und sollten in allen Kindereinrichtungen umgesetzt werden. Billigangebote führen nur weiterhin zu Bildungseinbrüchen.

Kindergartengebühren

Das Karbener Gebührenmodell führt zu einer weiteren Benachteiligung der Menschen mit geringem Einkommen.

Berechnungsbeispiel für ein Kind in der Kleinkindbetreuung:

Familienbruttoeinkommen	Zuschuss	vom Bruttoeinkommen		
Stufe 1 bis 2600 Euro	85%	von 885 €	= 132,75 €	5,1 %
Stufe 2 bis 3600 Euro	82,5%	von 885 €	= 154,90 €	4,3 %
Stufe 3 bis 4600 Euro	80%	von 885 €	= 177,00 €	3,8 %
Stufe 4 bis 6000 Euro	77,5%	von 885 €	= 199,15 €	3,3 %
Stufe 5 bis 8000 Euro	75%	von 885 €	= 221,25 €	2,8 %
Stufe 6 über 8000 Euro	70%	von 885 €	= 265,50 €	2,6 % (10000 €)

Familien mit geringem Einkommen bezahlen einen höheren prozentualen Anteil des Bruttoeinkommens als Familien mit hohem Einkommen. Und nach den Vorstellungen von CDU, FWG und Grünen werden die Gebühren weiter steigen, was die Kluft bei der Gebühren-gerechtigkeit weiter vertieft.

DIE LINKE fordert kostenfreie Vorschuleinrichtungen! Doch wie soll das alles finanziert werden?

Gemäß dem hessischen Bildungsplan wird die Bildung von Kindern absolut gleichgesetzt. Egal ob das Kind ein Jahr oder neun Jahre alt ist. Der Bildungsplan gilt von 0 bis 10 Jahren. Warum werden dann für die Bildung vor dem sechsten Lebensjahr die Eltern zur Kasse gebeten, bei Schuleintritt dann aber alle Kosten auf die Allgemeinheit umgelegt?

Bildung und Betreuung ist nicht Sache der Kommunen alleine – dies geht alle an! Deshalb gehören die Kosten für diesen Bereich aus der Kommunalverwaltung herausgenommen. Bund und Land müssen sich die Kosten teilen.

6 Jugend ernst nehmen

Die Mitbestimmung von Jugendlichen ist in der hessischen Gemeindeordnung geregelt. Doch an der Umsetzung hapert es in Karben deutlich. Dringend muss über einen Jugendrat, ein Jugendparlament oder ähnliche Einrichtungen nachgedacht werden. Jugendliche sollten auch ein Rederecht im Parlament haben.

Das JuKuZ Karben ist zu erhalten und das Angebot weiter zu entwickeln. Besonders wichtig sind Selbermach-Angebote und ein

Selberrnacher-Programm. Auch eine Hausaufgabenhilfe, die nicht teuer bezahlt werden muss, sollte angeboten werden.

Für jugendliche Flüchtlinge muss ein Angebot erarbeitet werden. Dazu gehören unbedingt Sprachkurse. Aber auch Angebote, die die Integration fördern, wie gemeinsamer Sport, musizieren oder eine Reparaturwerkstatt, wären eine gute Sache.

Antirassistische und antifaschistische Themen müssen in der Jugendarbeit finanziell und von einer hauptamtlichen Arbeitskraft unterstützt werden.

Ein/e Sozialarbeiter/in der Stadt soll sich darum kümmern, dass Angebote und Projekte der europäischen Union in Karben genutzt werden. Denn die Zusammenarbeit mit bildenden und darstellenden Künstlern wird mit diesen Projekten ebenso gefördert, wie antirassistische und friedensfördernde Erfahrungen.

Schulsozialarbeit, Drogen- und Erziehungsberatung sollten von der Stadt Karben betrieben werden. Mindestens erwarten wir eine absichernde Unterstützung entsprechender Projekte.

Jugendarbeit halten wir für unabdingbar und sie darf auf keinen Fall dem Rotstift zum Opfer fallen. Auch kann nicht ausschließlich vereinsgebundene Jugendarbeit politische Beachtung finden – so wichtig sie auch ist. Freie Jugendarbeit wirkt rechtsextremer Beeinflussung entgegen, weil sie zivilgesellschaftliche Initiativen befördert.

7 Breitensport fördern

Sport bedeutet aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sport verbindet unterschiedliche Generationen. Sport und Bewegung dienen der Erhaltung und Festigung der Gesundheit. Sport fördert die Integration und wirkt Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen.

Besonders der Breitensport sollte im Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit stehen: Schul-, Vereins- und Freizeitsport sind zu fördern und Bewegungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zum Breitensport

haben. Auch Behinderten und Senioren muss ein Angebot zur Verfügung stehen, das bezahlbar ist.

Beim Schulsport in schulischen Ganztagsangeboten sollte Wert auf die Kombination Sport-Bewegung-Ernährung gelegt werden. Dafür benötigen Schulen die nötigen Geldmittel, um qualifizierte Übungsleiter/innen engagieren zu können.

Vereine leben vom Ehrenamt. Aber auch das kann nicht ohne finanzielle Unterstützung geleistet werden. Sie brauchen Geld für die Ausbildung von Übungsleiter/innen und zur Förderung und Schulung ihres Nachwuchses. Die Stadt Karben soll sich dafür einsetzen, dass die Landesmittel wieder aufgestockt werden.

8 Karben für alle Bürgerinnen und Bürger

Alle Bürgerinnen und Bürger, die in Karben leben, müssen sich in die Geschicke der Stadt einbringen können. *DIE LINKE* fordert das kommunale Wahlrecht für alle, die in der Stadt leben – unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem Aufenthaltsstatus. Es kann nicht sein, dass Menschen jahrelang in unserer Stadt leben und keinerlei politische Rechte haben.

Solange das kommunale Wahlrecht nicht durchgesetzt ist, soll die Stadt Karben den Ausländerbeirat sowie Migrantengruppen beratend zum Parlament und zu den Ausschüssen hinzuziehen.

Bei der Besetzung der Stellen im Rathaus und in den städtischen Betrieben sollte ein dem Migrantanteil entsprechender Prozentsatz an Migrantinnen und Migranten eingestellt werden.

Kinder mit Migrationshintergrund sollen im JuKuZ eine Hausaufgabenbetreuung und Deutschförderkurse besuchen können.

Mit der „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“, die von der Bundesregierung ratifiziert wurde, müssen überall behinderte mit nichtbehinderten Menschen gleich gestellt werden. Es reicht nicht mehr aus, nur in einigen öffentlichen Gebäuden für Barrierefreiheit zu sorgen.

Die Stadt muss barrierefrei sein!

Das gilt real: Bürgersteige am Bahnhof und an Kreuzungen gehören abgesenkt (was nicht nur Rollstuhlfahrer/innen sondern auch kinderwagenschiebenden Müttern oder geh-unsicheren Menschen zugutekäme) und schmale Gehsteige dürfen nicht zugeparkt oder unpassierbar sein.

Doch die Barrierefreiheit gilt auch weitergehend: Behinderte haben das Recht auf soziale Teilhabe und behinderte Kinder brauchen darüber hinaus eine gute Förderung.

Die Stadt muss also Sorge tragen, dass Sozialräume (vergleiche Punkt 3) und gesellschaftliche wie therapeutische Angebote vorhanden sind, die die Einbindung in die Gesellschaft ermöglichen.

Gleiches gilt auch für Seniorinnen und Senioren. Ihre Zahl steigt - aber es gibt immer noch viel zu wenige Möglichkeiten, sich zu betätigen. Die Stadt muss hier reagieren: eine städtische Sozialstation müsste wieder entstehen und verschiedene Dienste anbieten und zusammenführen. Sozialräume könnten eine Börse für ehrenamtliche Betätigung bilden, damit Seniorinnen und Senioren sinnvoll tätig sein können. Auch soziale Kontakte und gemeinsame Unternehmungen wären in Sozialräumen koordinierbar.

Jedenfalls ist mehr nötig, als einmal im Jahr einen Ausflug zu machen.

9 Schonender Flächenverbrauch, Umwelt- und Klimaschutz

Neue Baugenehmigungen sind an die Auflage zu binden, platzsparend zu bauen. Eine unnötige Versiegelung von Flächen ist zu vermeiden. Es muss ökologisch verträglich gebaut werden, soziale und ökologische Standards (Niedrigenergie, Passivbau, Energie-Plus, Nutzung regenerativer Energien) sollen genutzt werden.

Die Stadt soll Gebäudegruppen, Habitaten oder anderen Sozialräumen beim Bauen den Vorrang geben – platzsparende Wohnformen sind dem Bau von Einfamilienhäusern vorzuziehen. Was auch nötig ist, da viele Mietwohnungen gebraucht werden.

Die Energiekosten der öffentlichen Gebäude müssen gesenkt werden. Bei Umbauten oder Modernisierungen ist auf Energieeffizienz zu achten und der CO₂-Ausstoß zu senken.

Auf die Dächer öffentlicher Gebäude sind Solaranlagen und Photovoltaik zu setzen. Zum Beispiel: Rathaus, Bürgerhäuser, Sporthallen, Schwimmbad, Mensa der KKS, usw.

Die Renaturierung der Nidda und unbebaute Überflutungsareale sind bei der Stadtplanung zu beachten. Die Frischluftschneise der Nidda hat regionale Bedeutung und darf nicht weiter zugebaut werden.

Im Stadtgebiet und entlang der Nidda muss es naturnahe Bereiche geben. Das müssen keine pflegeintensiven Parks sein - aber zum Beispiel Streuobstwiesen oder loser Baumbestand, die von Schafen oder Rindern abgeweidet und damit gepflegt werden.

Sportmöglichkeiten, wie Bolzplätze, Strandvolleyball-Feld oder Joggingwege erhöhen den Naherholungswert. Das Stadtzentrum darf nicht gänzlich zugebaut werden, nur weil das den meisten Gewinn einbringt.

Besonders wichtig sind Wasser- und Bodenschutz. Um eine Überdüngung des Grundwassers zu vermeiden, können Schutzgebiete um die Brunnen und Grundwasserreservoir angelegt werden. Biologischer Anbau und artgerechte Tierhaltung vermeiden die Anreicherung von Giften im Boden. Landschaftspflege (Raine, Feldholzinseln, Streuobstwiesen, Aufforstungen, Renaturierung von Gewässern, usw.) ist eine wichtige Aufgabe. Die Stadt sollte Projekte fördern und auch selbst tätig werden. Zusätzliche Flächen müssen als Schutzgebiete ausgewiesen werden.

Naturschutz ist auch der Einbau von Fledermausziegeln in den Dächern öffentlicher Gebäude und die Beratung der Bürger/innen in Sachen Fledermaus-, Vogel- und Insektenschutz.

Beim Straßenbau ist *DIE LINKE*. Karben für den minimalsten Flächenverbrauch. So halten wir nach wie vor einen Tunnel für die B3 in Okarben für die beste Lösung. Auf jeden Fall aber eine Trassenführung, die Okarben eng umfährt und keine drastischen Eingriffe in das Naherholungsgebiet „Alter Berg“ erfordert.

Lärmschutz stellen wir uns mit naturnahen Wällen vor und nicht mit umweltverschandelnden Betonmauern, wie in Kloppenheim.

10 Ansiedlung von Gewerbe

Statt weitere Märkte auf die grüne Wiese zu bauen, legt *DIE LINKE*. Wert auf die Förderung von Direktvermarktung Karbener und regionaler Produzenten. Hierfür sollte sich die Stadt stark machen und eine hauptamtliche Kraft zur Verfügung stellen.

Die Stadt sollte innovatives Gewerbe ansiedeln, das nachhaltig und zukunftsweisend produziert und die Gewerbesteuer in Karben entrichtet. Einer Konkurrenz der Gemeinden bei den Hebesätzen der Gewerbesteuer muss die Stadt Karben entgegenwirken – zum Beispiel mit der Initiierung eines Gewerbesteuerrings mit den umliegenden Gemeinden. Die Hebesätze müssen einheitlich sein, damit die Kommunen nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Gemeinden müssen von der Gewerbeansiedlung einen Vorteil haben.

Mit Betrieben ab einer bestimmten Größe sollten Vereinbarungen getroffen werden, dass sie Kultur und Sport in Karben unterstützen und Jugendliche ausbilden.

DIE LINKE. ist dafür, dass die Kommunen wieder wirtschaftlich aktiv werden und Einnahmen erzielen können.

11 Tourismus als wirtschaftliche Ergänzung

Karben hat sowohl im Fahrradtourismus, wie auch im Messtourismus Möglichkeiten, die nicht ausgenutzt werden. Karben liegt eine Fahrradtagesreise entlang der Nidda von Frankfurt entfernt. Dennoch wird keine Werbung gemacht und Karbener Gastronomen, Hotels und Pensionen haben wenig vom Fahrradtourismus. Ähnlich sieht es bei den Angeboten für Messegäste aus. Hier sollte Karben Experten beauftragen, eine Potentialanalyse für die Stadt zu erheben. Zusätzliche Arbeitsplätze sowie eine verbessertes gastronomisches Angebot könnten ein Gewinn für alle Bürgerinnen und Bürger sein.

12

mobilität - sozial,
umweltverträglich, behindertengerecht

Aus ökologischen und sozialen Gründen muss der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) Vorrang haben vor dem Ausbau des Individualverkehrs.

Der Busverkehr und die Bahn (neue Gleise für die S6) müssen bevorzugt werden. Über Busshuttles die in dichteren Takten fahren, muss nachgedacht werden. Der AST-Verkehr wurde abgebaut und arbeitet wie ein Anruf-Sammeltaxi. Der Abbau ist zurückzunehmen.

Fußgänger und Radfahrer müssen als gleichwertige Verkehrsteilnehmer anerkannt werden. Das erfordert eine neue Sicht auf das Fuß- und Radwegenetz. Bisher ist es eher ein Spaß- und Freizeitnetz – es müssen Umwege in Kauf genommen werden und lange Wartezeiten beim Kreuzen der Straßen. Nötig sind aber kurze direkte Verbindungen ins Zentrum, zu den Einkaufsmöglichkeiten und zu den Bahnhöfen.

In vielen bundesdeutschen Städten gibt es bereits Radausleihstationen, was auch in Karben möglich wäre. Ebenso gesicherte Boxen, um das Rad am Bahnhof abzustellen.

Auch die Verbindungen in die Nachbargemeinden sollten direkter und sicherer werden. Die Stadt baut neue Radwege nach Ober-Erlenbach und Niddatal. Das ist gut so. Doch von Petterweil zur Schule in Rodheim müssen die Kinder einen unbefestigten Feldweg benutzen.

Ein alternativer Verkehrsplan für die Stadt ist zu konzipieren.

Verkehrssicherheit

Eine generelle Verkehrsberuhigung ist anzustreben, besonders wegen des zunehmenden Durchgangs- und Schwerverkehrs.

Die Ortsdurchfahrten müssen so gestaltet sein, dass sie keine attraktive Umgehung für Autobahnmautsparende LKWs sind und dass schnelles Fahren vermieden wird.

Außerdem fehlen ausreichend Zebrastreifen in allen Ortsteilen.

Für den Radverkehr muss es vor allem an den Bahnhöfen bewachte Radparkplätze geben. Die Sicherheit auf den Rad- und Fußwegen ist zu verbessern: grober Schotter ist für Fußgänger, Radfahrer,

Rollstuhlfahrer und Kinderwagen ungeeignet, gefährliche Stellen sollten mit Spiegeln oder Zeichen entschärft werden, die Bordsteine beim Kreuzen der Straßen gehören abgesenkt und die Wartezeiten an Ampeln vermindert.

13 Regenerative Energie

Wir brauchen mehr regenerative Energiequellen in Karben, das heißt, zusätzliche Windkraftträder, Erdwärme oder entsprechende Alternativen. Am besten würde uns gefallen, wenn die Stadt als Initiator und Organisator agiert: mit einer breiten Finanzierung über ein Beteiligungsmodell (Genossenschaft). Interessierte Bürgerinnen und Bürger könnten als Investoren Geld anlegen. Energie-Großprojekte lehnen wir ab.

14 Zentrum mit Grünflächen

Die Ausweisung von Grünflächen und naturnahen Anlagen in den Stadtteilen und im Stadtzentrum ist wichtig. Jetzt ist noch Gelegenheit, nicht alle Freiflächen rigoros zu Geld zu machen. Ist erst mal alles zugebaut, ist diese Chance vertan.

DIE LINKE. setzt sich für naturnahe Areale entlang der Nidda und im Stadtzentrum ein. Kein vollständiges Zubauen der Fläche zwischen Bahn und Rathaus! Keine weitere Bebauung der Niddaaue. Keine schmalen Alibi-Grünstreifen, wie sie vom Magistrat geplant sind, sondern großzügige naturnahe Areale.

Naherholung - auch in der eigenen Stadt - ist nötig. Vor allem für Kinder und Senioren.

Für eine demokratische Stadt.

Was ist dafür in Karben nötig?

15

Kommunale Dienste und Bürgerinformation

Die Bürgerinnen und Bürger verlangen heute nach mehr Transparenz und Mitbestimmung. Leider werden ihnen oft keine Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnet. Oder es handelt sich um Scheinentscheidungen. Zum Beispiel beim Bürgerhaushalt: Meist wird erst dann ein Bürgerhaushalt eingeführt, wenn der Mangel so groß ist, dass man nur noch entscheiden kann, was man streichen will und nicht was man verbessern möchte.

Bei angemessener finanzieller Ausstattung der Städte und Gemeinden ist ein Bürgerhaushalt allerdings ein wirkliches Mittel der Beteiligung. Auch in Karben muss über die Möglichkeit eines Bürgerhaushalts nachgedacht werden.

Die städtische Verwaltung hat sich in den vergangenen Jahren bürgerfreundlicher entwickelt. Dennoch bleibt hier manches zu tun: Die Beschlüsse des Stadtparlaments erfahren die Bürger immer nur gefärbt über die Zeitungen. Diese Zeitungen befinden sich in den Händen von privaten Verlagen, die nach Gutdünken knapp oder eher ausführlich berichten. Aus unserer Sicht ist das keine adäquate Informationsplattform für die Karbener Bevölkerung. In anderen Städten und Gemeinden gibt es eine Bürgerzeitung, in der Parlament, Vereine, Parteien, Organisationen, Bürgerinitiativen und die Bürgerinnen und Bürger über ihre Aktivitäten direkt informieren können. In Dänemark steht der Haushaltsplan einer Stadt ungekürzt im Internet.

Auch wäre eine ausführliche Darstellung der Arbeit des Parlaments im Internet möglich: Die behandelten Sachverhalte sollten inhaltlich verständlich vorgestellt werden und das Protokoll der Sitzung sollte die Kernpunkte der Debatte und die Beschlüsse - verständlich ausgeführt - enthalten.

Wir sehen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft als gleichberechtigte Partner an. Das bedeutet aber auch, dass öffentliche Einrichtungen

zugänglich sein müssen, dass Planungen und Vorhaben in verständlicher Sprache erklärt werden und Bürger/innen Fragen stellen können. Das könnte erreicht werden, wenn nach der Stadtparlamentssitzung Fragen an die Abgeordneten gestellt werden könnten.

Natürlich dürften die Stadtverordnetensitzungen dann nicht stundenlang dauern. Das kann durch eine Redezeitbeschränkung erreicht werden. Besonders schlimm ist es nicht, wenn die Selbstdarstellerriege gezwungen ist, sachbezogen zu sprechen und sich kurz zu fassen.

Vor den Entscheidungen in den Ausschüssen und im Plenum des Stadtparlaments muss Vertreter/innen von Verbänden, Vereinen, Initiativen und Organisationen ein Rederecht eingeräumt werden, wenn sie von der Entscheidung betroffen sind.

16 Arbeiten im Öffentlichen Dienst

Die Stadtverwaltung soll mit ihren Ausschreibungen und Einkäufen für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit eintreten. Nach einer Reform der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es ausdrücklich erlaubt, soziale und ökologische Kriterien in die Vergabekriterien aufzunehmen. Die Stadt Berlin hat bereits ein Vergabegesetz geschaffen, das u. a. einen Mindestlohn bei Ausschreibungen vorsieht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der städtischen Einrichtungen wurden in den letzten Jahren immer mehr belastet. Personalabbau ist überall spürbar.

DIE LINKE. hält öffentlich für wesentlich! Ein funktionierendes Gemeinwesen braucht qualifizierte, geschulte und zufriedene Mitarbeiter/innen.

Der Magistrat muss sich also um das Arbeitsklima und die Belange der Mitarbeiter/innen im Rathaus und in den Einrichtungen bemühen.

DIE LINKE. steht an der Seite der Mitarbeiter/innen, wenn es um ihre Arbeitsbedingungen geht.

Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht

DIE LINKE. ist für ein gläsernes Rathaus

Wir wollen unsere parlamentarische Arbeit so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen und der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge dient.

Wir wollen politische Prozesse für die Bürgerinnen und Bürger transparent machen und wollen Missbrauch politischer Macht, Arroganz und Ungerechtigkeiten aufdecken und verhindern.

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung! Scheuen Sie sich nicht, uns anzurufen oder eine mail zu schreiben. Wir werden Ihrer Angelegenheit nachgehen.

Karben braucht dringend eine Opposition. Wählen Sie *DIE LINKE.* ins Stadtparlament!

DIE LINKE.

Ortsverband Karben

www.karben.die-linke-wetterau.de

karben@die-linke-wetterau.de

ViSdP.: Uwe Maag, Klein-Karben, Telefon 0171 4589 141